

# Trauriger Rekord

In Deutschland sind aktuell so viele Kinder auf Hartz IV angewiesen wie noch nie. Mehr als jeder siebte Minderjährige ist betroffen. Viele sind Flüchtlinge.

14,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland leben in Familien, die Hartz IV beziehen. Damit hat der Anteil der Kinder, die auf Grundsicherung angewiesen sind, einen neuen Höchststand erreicht. Insgesamt leben heute rund 1,95 Millionen Minderjährige in Familien, die solche Leistungen beziehen – über 110 000 oder 0,8 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Das zeigt eine Auswertung des WSI auf Basis neuester Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Nach Analyse des WSI-Sozialexperten Eric Seils ist der Anstieg eine Folge der Zuwanderung, vor allem von Flüchtlingen, seit dem Jahr 2012. Zunächst gab es einen Anstieg der Fallzahlen beim Asylbewerberleistungsgesetz, da Flüchtlinge in der Regel in den ersten 15 Monaten keinen Anspruch auf Hartz IV haben. Mit Verzögerung kam es dann zu einer starken Zunahme der Zahl ausländischer Kinder im Hartz-IV-System. Diese hat sich seit Dezember 2011 von 291 000 auf 584 000 ziemlich genau verdoppelt. Der sukzessive Übergang in die Grundsicherung stellt für Flüchtlingsfamilien trotz des niedrigen Niveaus eine Leistungsverbesserung dar. Die Zahl der betroffenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit – ohne und mit Migrationshintergrund – ist seit Dezember 2011 um über 120 000 gesunken.

Der Anteil der Kinder, die auf Hartz IV angewiesen sind, hat vor allem in Westdeutschland zugenommen. Im Osten war nur 2016 ein kleiner Anstieg festzustellen. In den vergangenen Jahren habe dies zu einer gewissen Angleichung zwischen beiden Teilen Deutschlands beigetragen, erklärt Seils. Es gibt aber weiterhin große regionale Unterschiede, vor allem auf der Ebene der Städte und Kreise: Die höchsten Hartz-IV-Quoten unter Minderjährigen weisen Gelsenkirchen mit 41 Prozent, Bremerhaven mit 36,1 Prozent und Halle an der Saale mit 34,3 Prozent auf. Die Kreise mit den niedrigsten Quoten liegen in Bayern: In Pfaffenhofen an der Ilm beträgt der Anteil 2,2 Prozent, in Eichstätt 2,3 Prozent.

Für Seils zeigen die neuen Daten die Notwendigkeit, noch mehr für die soziale Inklusion zu tun. „Unabhängig von Herkunft und Wohnort profitieren alle Kinder von einer kostenlosen Bildungsinfrastruktur und einer fairen Ordnung am Arbeitsmarkt, die es ihren Eltern möglich macht, die Familie aus eigener Kraft zu finanzieren“, so der Forscher. <

Quelle: WSI-Verteilungsmonitor Link: [bit.do/impuls094a](http://bit.do/impuls094a)

## Gesunde Arbeit im digitalen Zeitalter



Erwerbsarbeit muss mehr leisten als Einkommen zu generieren. Sie soll auch Sinn stiften und muss so organisiert sein, dass sie die Gesundheit der Beschäftigten nicht gefährdet. Darauf macht die von

der Hans-Böckler-Stiftung initiierte Expertenkommission „Arbeit der Zukunft“ aufmerksam. In den 1970er- und 1980er-Jahren habe es bereits ein Forschungs- und Aktionsprogramm gegeben, das sich unter dem Titel „Humanisierung der Arbeitswelt“ einer menschengerechten Arbeitsgestaltung verschrieben hatte. In den letzten beiden Dekaden sei es um die Frage nach humanen Arbeitsbedingungen jedoch relativ still geworden, schreiben die Arbeitsmarktexperten. Allerdings sei das Thema von höchster Aktualität, wenn die Digitalisierung in vielen Betrieben die tradierten Prozesse über den Haufen wirft und völlig neue Job-Profile entstehen.

Um die Gesundheit der Beschäftigten zu erhalten, dringt die Kommission darauf, zunächst die bestehenden Instrumente anzuwenden – aber konsequenter als in der Vergangenheit. Das gilt insbesondere für die bereits heute vorgeschriebenen, aber nur von jedem zweiten Unternehmen umgesetzten Gefährdungsbeurteilungen. Damit lassen sich Arbeitsumstände, die krank machen, systematisch erfassen und in der Folge

systematisch verbessern. Aus Sicht der Kommission müssten Betriebe durch verstärkte Kontrollen und Sanktionen wirksam zu Gefährdungsbeurteilungen verpflichtet werden, wobei kleinere Firmen Unterstützung bei der Anfertigung erhalten sollten. Weiterhin seien die Standards zu konkretisieren. Beispielsweise würden dort, wo es bereits heute Gefährdungsbeurteilungen gibt, oft die psychischen Belastungen unter den Tisch fallen. Diese Lücke ist den Arbeitsmarktexperten zufolge dringend zu schließen. Gerade Geringqualifizierte stünden häufig unter Druck durch hohe Anforderungen bei gleichzeitiger Arbeitsplatzunsicherheit. Besonders wichtig ist den Experten weiterhin „die direkte Beteiligung der Beschäftigten“. Belegschaftsbefragungen und Zugang zu Beratung am Arbeitsplatz seien nötig, um den Ursachen von Beschwerden auf die Spur zu kommen.

„Um das Instrument in den Augen der Belegschaften nicht zu delegitimieren“, müssen am Ende des Prozesses natürlich auch „konkrete Maßnahmen im Arbeitsalltag“ stehen. Missstände sollten nicht nur einmal dokumentiert, sondern auch regelmäßig überprüft und schließlich behoben werden. <

Quelle: Kerstin Jürgens, Reiner Hoffmann u.a.: Arbeit transformieren! Denkanstöße der Kommission „Arbeit der Zukunft“, Bielefeld 2017 (ab Seite 144)  
Download: [bit.do/impuls0945](http://bit.do/impuls0945)